

9. Inklusion in allen Lebensbereichen erhöhen und damit Armut reduzieren

Inklusion bedeutet, dass niemand ausgeschlossen wird und alle eine vielfältige Gesellschaft mitgestalten können. Um Inklusion radikal umzusetzen, braucht es Strategien des Empowerment, der Normalisierung und der Dekonstruktion, denn es geht darum, Andersheit gleichzeitig anzuerkennen und zu hinterfragen. Inklusion ist eine Querschnittsmaterie und sollte in allen Politikfeldern Berücksichtigung finden. Maßnahmen zur Inklusion finden sich daher auch in unterschiedlichen Kapiteln wieder.

Macht teilen, Ressourcen (um)-verteilen

Dafür ist es notwendig, Machtverhältnisse und Privilegien kritisch zu reflektieren und an ihrer Veränderung zu arbeiten. Privilegierte Personen müssen sich ihrer Vorteile bewusst werden. Es braucht Strategien des Power-Sharings, also des Teilens von Macht, ebenso wie Raum, Ressourcen und Aufmerksamkeit für die Anliegen unterschiedlicher marginalisierter Gruppen.

Kämpfe für Geschlechtergerechtigkeit und Inklusion gehen dabei Hand in Hand mit Fragen der Deutungsmacht und der (Um-)Verteilung von Ressourcen, von Zeit, Einkommen, Vermögen und Arbeit in all ihren Dimensionen.

Internationale Verpflichtungen umsetzen

Inklusion hat juristische, institutionelle und gesellschaftliche Dimensionen. Es geht um Rechte, um Bedingungen für Teilhabe, das Ausräumen von Barrieren und nicht zuletzt auch darum, wie wir gemeinsam unsere Gesellschaft verändern. Inklusion geht über individuelle Förderung und Einzelmaßnahmen hinaus und erfordert den Umbau von Strukturen und Rahmenbedingungen.

Wesentliche Maßnahmen zur Inklusion sind in internationalen und nationalen Dokumenten bereits festgelegt, zu deren Umsetzung sich Österreich längst verpflichtet hat, deren Realisierung nichtsdestotrotz auf sich warten lässt. Sowie etwa die UN-Behindertenrechtskonvention auf Ziele und notwendige Maßnahmen in allen Lebensbereichen hin, die u.a. im Nationalen Aktionsplan (NAP) Behinderung konkret und verbindlich weiterzuentwickeln und umzusetzen sind. 1981 hat Österreich das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau, CEDAW (Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women) ratifiziert, 2011 die Istanbul Convention (Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt: Abbau von Rollenstereotypen und Förderung der Gleichstellung der Geschlechter). 2020 hat die Europäische Kommission ihre Mitgliedsstaaten aufgefordert, Aktionspläne gegen Rassismus zu erstellen – in Österreich gibt es nach wie vor keinen dementsprechenden NAP, obwohl dies im Regierungsübereinkommen vereinbart worden war.

Inklusion reduziert Armut

Ein Abbau von Barrieren etwa im Bildungswesen, im Gesundheitswesen oder in der Arbeitswelt trägt dazu bei, Armut und soziale Ausgrenzung zu reduzieren, denn Menschen mit Behinderung, Menschen mit nicht-deutscher Muttersprache, Frauen, insbesondere Alleinerzieherinnen, und andere marginalisierte Gruppen sind besonders von Armut betroffen.

Die Armutskonferenz setzt sich daher für die Anerkennung von Unterschieden und für Maßnahmen ein, die ein selbstbestimmtes Leben sowie die gleichberechtigte Teilhabe und Mitgestaltung aller Lebensbereiche ermöglichen. Dabei spielen mit Blick auf unterschiedliche Lebensrealitäten und vorhandene Diskriminierungsstrukturen, Maßnahmen zur Beseitigung von Barrieren und Diskriminierungen, weitreichende Unterstützungsangebote und Aktivitäten, die gesellschaftliches Diversitätsbewusstsein fördern und umfassende Mitgestaltung ermöglichen, eine spezielle Rolle.



ZIELE

Partizipation, Selbstvertretung, Mitgestaltung

MASSNAHMEN

„Nichts über uns ohne uns“ – Mitsprache und Mitgestaltung von Betroffenen sichern

Beim Wohnen muss sich etwas ändern. Es soll inklusiv sein, keine Unterschiede geben, Barrierefrei sein, von jung bis alt durchgemischt sein. Es braucht mehr Begegnungsräume, damit Menschen nicht abgeschnitten sind von der Welt, sondern mittendrin statt nur dabei.



Einbeziehung von Selbstvertreter*innen als „Expert*innen in eigener Sache“ in Entwicklung von und Entscheidung über Gesetze und Maßnahmen durch Beteiligung an Ausschüssen, Organisation von Bürger*innen-Räten und weiteren Formen partizipativer Demokratie

Entwicklung und Einsetzung von Nutzer*innen-Beiräten für Ämter und Behörden

Fördermittel für Selbstorganisationen und Selbstvertretung marginalisierter Gruppen

Maßnahmen zu Nutzer*innen-Partizipation als Förderkriterium für soziale Organisationen

ZIELE

Umfassende Barrierefreiheit und Anti-Diskriminierungsmaßnahmen

MASSNAHMEN

Umsetzung internationaler Standards und Vorgaben

Partizipative Erstellung eines Nationalen Aktionsplans (NAP) gegen Rassismus

Weiterentwicklung und verbindliche Umsetzung des Nationalen Aktionsplans (NAP) Behinderung

Stärkung von Gleichbehandlung und Gleichstellung

Umsetzung der Vorschläge der Gleichbehandlungsanwaltschaft: Schließen von gesetzlichen Lücken (Leveling Up), gute Information niederschwelliger Zugang zu Rechtsmöglichkeiten, Klagsrecht und Klagsbudget, umfassendes Monitoring, mehr Öffentlichkeitsarbeit

Inklusiver Zugang zu Information

Gesetzestexte, Formulare, rechtliche Informationen, Medienberichte in einfacher Sprache

Diversitätssensible und diskriminierungsfreie Sprache

Prüfung von Gesetzestexten, Schulbüchern, offiziellen Regierungsdokumenten, Informationsbroschüren u.a. hinsichtlich diskriminierungsfreier Sprache

Einfacher Zugang zu Sozialleistungen

One-Stop-Shop: Eine Stelle für alle Sozialleistungen

Stärkung von Diversitätsbewusstsein und Miteinander in der Gesellschaft

Förderung von Nachbarschaftszentren und Ressourcen für Gemeinwesenarbeit, auch im kleinstädtischen und ländlichen Bereich

Sicherung schulischer Auseinandersetzung und Förderung von Weiterbildungsangeboten zu Inklusion und Diversität, Geschlechter-Gerechtigkeit, Anti-Rassismus-Trainings

Stärkung von Selbstbestimmung und Erweiterung von Wahlmöglichkeiten

Sicherung und Weiterentwicklung konkreter Unterstützungsangebote zur Sicherung von Selbstbestimmung und Teilhabe (Persönliche Assistenz, psychosoziale und Rechts-Beratung, und Begleitungsangebote, Maßnahmen für Mehrsprachigkeit ...)